

## Transkript zum Experteninterview mit Prof. Oliver Treib

Themenblöcke:

- **Die Rolle von Informationen bei Volksentscheiden** 0:00 – 01:49
- **Das Brexit-Referendum - Schwierigkeiten komplexer Sachfragen** 01:50
- **Ist ein zweites Referendum sinnvoll?** 06:35
- **Die Bedeutung von Wissen für Wahlentscheidungen und die Bewertung der EU** 08:4

### Die Rolle von Informationen bei Volksentscheiden

Generell ist es so, dass politische Entscheidungen nur dann sinnvoll getroffen werden können, wenn diejenigen, die die Entscheidungen treffen, auch tatsächlich wissen, worüber sie entscheiden und was die Folgen [ihrer Entscheidung] sind.

Bei Volksabstimmungen ist es natürlich ein besonderes Problem, weil hier Leute, die keine besondere Fachkompetenz mitbringen, die Entscheidung treffen müssen. Die einfachen Bürgerinnen und Bürger, die keine besonderen Kenntnisse mitbringen, müssen diese Entscheidungen treffen – das ist das Problem von Volksentscheiden.

Generell spielen Medien und politische Parteien eine sehr wichtige Rolle bei der Vermittlung von politischen Informationen. Das gilt an sich auch bei parlamentarischen Entscheidungen, aber bei Volksabstimmungen ist es natürlich besonders wichtig, weil man es mit Laien zu tun hat. Das heißt, wir brauchen eine öffentliche Debatte, von Parteien organisiert, von den Medien transportiert, die klarmacht, worum es hier eigentlich geht, was die wesentlichen Punkte sind und was die wesentlichen Konsequenzen wären. Das klingt erstmal so, als ob das relativ schwer zu organisieren ist. Wir haben aber ein berühmtes Beispiel, wo das schon lange relativ gut funktioniert, nämlich die Schweiz, das Musterland der direkten Demokratie. Dort gibt es jährlich viele Volksabstimmungen und die meisten funktionieren ganz gut, weil die Parteien und Medien die Komplexität reduzieren und das [Thema der Abstimmung] zu einem einigermaßen sinnvollen Entscheidungsgegenstand machen.

### Das Brexit-Referendum - Schwierigkeiten komplexer Sachfragen

Beim Brexit-Referendum 2016 war das natürlich ein ganz besonderes Problem, weil das eine sehr komplizierte Entscheidung ist, oder eine sehr komplizierte Entscheidung war. Grundsätzlich ist es ohnehin schwierig, die Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft als einfache/r Bürger/in einzuschätzen, weil die EU einem nur mittelbar entgegentritt. Was die EU regelt wird meistens in nationale Gesetze überführt, und dann weiß man oft gar nicht: Ist das jetzt EU-Gesetzgebung oder ist es nationale Gesetzgebung? Das ist ein Problem, das die Sache schwierig macht. Das andere Problem ist, die generelle Frage – tritt man aus der EU aus oder verbleibt man darin – sehr komplizierte wirtschaftliche Konsequenzen hat, die man als einfacher Bürger sehr schwer abschätzen kann.

Beim Brexit-Referendum gab es zwei wesentliche Kampagnen oder Gruppen, die die Kampagnen bestritten haben: Die eine für den Verbleib in der EU, die andere für den Austritt aus der EU. Die wichtigere ist die Austritts-Kampagne. Die haben im Grunde zwei Themen in den Mittelpunkt der Kampagne gestellt. Erstens die Kosten der EU-

Mitgliedschaft für Großbritannien und zweitens die Einwanderung insbesondere von osteuropäischen EU-Bürger/innen nach Großbritannien.

Wenn man sich Befragungen anschaut, Daten, die man hinterher erhoben hat, wo man Wähler/innen befragt hat, dann stellt man fest, dass das genau die beiden Themenfelder waren, die bei den Bürger/innen die wichtigsten waren. Also das hat auch gewirkt.

Von diesen beiden Themenblöcken, die hervorgehoben wurden, gab es insbesondere bei der Frage der wirtschaftlichen Folgen oder der wirtschaftlichen Kosten der EU-Mitgliedschaft massive Fehlinformationen. Es wurde behauptet, dass wöchentlich 350 Millionen Pfund nach Brüssel überwiesen würden. Das wäre eine relativ große Summe. Man hat aber festgestellt, dass diese Summe stark übertrieben war. Man hat verschiedene Dinge ignoriert, insbesondere, dass Großbritannien immer wieder auch Zahlungen aus Brüssel aus verschiedenen Programmen zurückbekommt. Das heißt, die realen Kosten für Großbritannien liegen deutlich unterhalb dieser 350-Millionen-Pfund-Grenze. Da muss man tatsächlich sagen, dass das eine massive Fehlinformation war.

Teile der Austrittsbefürworter haben auch die zukünftigen Folgen der EU-Einwanderung in einem sehr dunklen Licht erscheinen lassen. Es wurde Stimmung damit gemacht, dass die Türkei irgendwann der EU beitreten würde, was eine riesige Einwanderungswelle zur Folge hätte. Das war aber eher eine Angstkampagne, weil die tatsächlichen Chancen, dass die Türkei in absehbarer Zeit in die EU Eintritt sehr gering sind.

Ich glaube aber nicht, dass diese Fehlinformation einen ganz entscheidenden Einfluss auf das Abstimmungsergebnis des Referendums hatte. Denn es gibt noch eine ganze Menge anderer Gründe, die tatsächlich auf realen Entwicklungen beruhen, die einige Bürger/innen – oder eine große Menge an Bürger/innen – gegen die EU aufgebracht haben könnte. Also zum Beispiel auch das Thema Einwanderung. Das ist tatsächlich eines, das man nicht ganz als sozusagen fiktives Problem darstellen kann. Es gab eine große Einwanderung aus mittel- / osteuropäischen Ländern nach Großbritannien – ob die Folgen davon positiv oder negativ sind, darüber wird zumindest gestritten. Es gibt sicher viele Vorteile, aber man kann nicht sagen, dass Leute, die sich Gedanken um ihren Arbeitsplatz machen, tatsächlich keinen Grund für Bedenken zu haben, wenn jährlich 100.000, 200.000 Menschen aus anderen EU-Staaten nach Großbritannien einwandern.

### **Ist ein zweites Referendum sinnvoll?**

Seit dem Referendum gibt es natürlich jede Menge Umfragedaten zur Entwicklung der Meinung der Bürger/innen in Großbritannien zum EU-Austritt. Wenn man sich die Daten anschaut, dann sieht man, dass es tatsächlich ein relativ stabiles Meinungsbild ist. Das heißt, die beiden Lager – Befürworter und Gegner dieses Austritts – halten sich relativ stark die Waage. Das Referendum ist ja auch sehr knapp ausgefallen. Eigentlich können wir heute auch nur sagen: Wenn noch mal abgestimmt werden würde, wüsste man einfach nicht, ob es wieder genauso ausgehen würde oder ob es doch einen ganz knappen Vorsprung für die Verbleib-Kampagne geben würde. Insgesamt ist es tatsächlich relativ stabil, das heißt, das Land ist in zwei gleich große Lager – Befürworter und Gegner des Austritts – gespalten.

Zum jetzigen Zeitpunkt können wir ganz schwer abschätzen, ob Großbritannien ein zweites Referendum über den Verbleib oder die Art des Austritts aus der EU abhalten wird. Es gibt tatsächlich Befürworter innerhalb der Opposition, die sagen: Wir müssen noch mal abstimmen. Es ist aber im Moment noch nicht klar, ob das tatsächlich passieren wird. Ich persönlich würde auf jeden Fall ein zweites Referendum befürworten, und zwar aus demokratietheoretischen Beweggründen heraus. Und das hat eben auch mit der Informiertheit der Bürger/innen zu tun. Heute wüsste man sehr viel besser, was die tatsächlichen Folgen eines Austritts oder auch eines Verbleibs in der EU sein würden, und deswegen wäre es eine sinnvolle Angelegenheit, jetzt noch mal ein Referendum einzuberufen – zumindest über die Art und Weise des Austritts. Also, will man einen ganz

harten Bruch mit der EU oder will man sich sehr viel stärker noch weiterhin an die EU anbinden, auch wenn man formell austritt.

## Die Bedeutung von Wissen für Wahlentscheidungen und die Bewertung der EU

Generell kann man sagen, dass die Bürger/innen relativ wenig Wissen über die EU haben. Das spielt sich wirklich auf einem relativ niedrigen Niveau ab. Wir wissen aber aus der Wahlforschung, dass es tatsächlich einen Unterschied macht, ob sich Menschen stärker über die EU informieren - zum Beispiel im Rahmen von Europa-Wahlkämpfen oder von solchen Referendums-Kampagnen – oder ob sie das nicht tun. Das verändert die Wahlentscheidungen tatsächlich entscheidend.

Bürger/innen, die sich stärker mit der EU auseinandersetzen, und auch mit der Frage: Was steht eigentlich gerade zur Wahl? Die entscheiden hinterher stärker nach ihren EU-bezogenen Positionen, also ob sie für die Integration sind oder dagegen. Leute, die sich da nicht so sehr informieren, die also auf einem ganz niedrigen Wissensniveau bleiben, die neigen eher dazu, sich bei der Wahl nach nationalen Kriterien zu entscheiden. Also zum Beispiel, dass man die Wahl oder Abstimmung nutzt, um der Regierung, die man vielleicht gerade nicht gut findet, einen Denkmittel zu verpassen.

Das heißt: Besseres Wissen über die EU hat eine ganz wichtige Rolle, wenn wir uns die Frage stellen: Nach welchen Kriterien entscheiden die Bürger/innen bei solchen Abstimmungen? Leute, die mehr Informationen haben, entscheiden sachgerechter, sie entscheiden sich über die Inhalte, die zur Debatte stehen, sie entscheiden sich tatsächlich für oder gegen die EU und nicht für oder gegen irgendwelche anderen Dinge, die gerade im nationalen Kontext wichtig sind.

Die Entscheidungsprozesse auf der europäischen Ebene sind relativ kompliziert. Da spielen ganz viele verschiedene Akteure eine Rolle, und die meisten Bürger/innen kennen die einzelnen Rollen der Akteure nicht so ganz genau, wissen nicht so genau, was die Europäische Kommission macht, was das Europäische Parlament tut, welche Rolle die nationalen Regierungen im Rat spielen. Das heißt, das ganze Entscheidungsverfahren ist so kompliziert, dass viele Menschen das nicht so gut nachvollziehen können.